

Energie- statt Mehrwertsteuer: Eidg. Volksabstimmung vom 8. März 2015

Energiesteuer schadet der Wirtschaft

Die Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ will eine Steuer auf nichterneuerbare Energien einführen und diese steuerliche Mehrbelastung durch die Abschaffung der Mehrwertsteuer (MWST) kompensieren. Ein solcher Systemwechsel hätte äusserst schädliche Auswirkungen auf Unternehmen, Arbeitsplätze und die Bundesfinanzen. Die Initiative schadet der Wirtschaft, gefährdet die sichere Finanzierung der Staatstätigkeit und widerspricht den Kriterien für ein wirtschaftsfreundlich ausgestaltetes Energielenkungssystem. Die Solothurner Handelskammer empfiehlt die unsinnige und teure Initiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ klar zur Ablehnung. Nach der massiven Aufwertung des Frankens müssen die Produktionskosten für den Werkplatz Schweiz gesenkt statt weiter verteuert werden.

Die Volksinitiative der Grünliberalen Partei will eine Steuer auf nicht erneuerbare Energien wie Erdöl, Erdgas, Kohle oder Uran einführen. Die steuerliche Mehrbelastung des Energieverbrauchs soll durch die schrittweise Abschaffung der Mehrwertsteuer kompensiert werden. So sollen die Energieeffizienz erhöht, erneuerbare Energien gefördert und der Ausstoss von CO₂-Emissionen reduziert werden.

Energiesteuer schadet der Wirtschaft

Statt Güter und Dienstleistungen sollen künftig die nichterneuerbaren Energien besteuert werden. Um die heutigen Einnahmen aus der Mehrwertsteuer kompensieren zu können, müssten über die neue Energiesteuer über 22 Milliarden Schweizer Franken eingefordert werden können.

Für eine vollständige Kompensation wären äusserst hohe Energiesteuersätze notwendig, die das energie- und klimapolitisch begründete Mass bei weitem übersteigen würden. Eine Schätzung des Bundes rechnet mit einer steuerlichen Erhöhung pro Kilowattstunde Strom auf 33 Rappen, pro Liter Benzin auf 3 Franken und pro Liter Heizöl auf 3.30 Franken. Eine solche Mehrbelastung würde die inländischen Unternehmen gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten benachteiligen und deren Wettbewerbsfähigkeit massiv schwächen.

Im Vergleich zur Mehrwertsteuer würde eine Energieabgabe einseitig den Werkplatz belasten (Werkplatzsteuer). Die mit der Initiative propagierte administrative Erleichterung für die Unternehmen durch die Abschaffung der Mehrwertsteuer liesse sich auch durch einen Einheitssatz erreichen.

MWST ist die wichtigste Einnahmequelle des Bundes

Die Mehrwertsteuer ist die wichtigste Einnahmequelle des Bundes und stellt eine gute Ergänzung zur progressiv ausgestalteten Einkommenssteuer dar. Es ist finanzpolitisch wenig ratsam, die ergiebige Mehrwertsteuer durch die Besteuerung der knapp 20-mal kleineren und schrumpfenden Steuerbasis Energie zu ersetzen.

Zudem macht die Initiative den Staatshaushalt sowie die Sozialsysteme extrem abhängig vom Verbrauch nicht erneuerbarer Energien.

Zielkonflikt zwischen Finanzierungs- und Lenkungsziel

Dazu kommt der Zielkonflikt zwischen Finanzierungs- und Lenkungsziel, der bei einer ökologischen Steuerreform besteht: Sobald die angestrebte Lenkungswirkung eintritt und die Haushalte und Unternehmen weniger nicht erneuerbare Energie konsumieren, müssten die Energiesteuern stetig erhöht werden, um die Finanzierung der öffentlichen Haushalte sicherzustellen.

Ein Wechsel hin zu einer Energiesteuer hätte kaum einen Einfluss auf die Umwelt. Energie verkäme schlicht und einfach zum Luxusgut.

Darum: NEIN zur schädlichen Initiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“.